

## Fadegrad



von  
Daniel Oswald

### Technologie statt Vorschriften

Eine gesunde Umwelt bildet die unverzichtbare Grundlage für Wohlbefinden und Lebensqualität. Aber woran erkennen wir, ob die Umwelt gesund ist? Ein Erkennungsmerkmal ist sicher die Luftqualität. Ich war Anfang Februar geschäftlich in Posen – eine Stadt in Polen mit etwa 600 000 Einwohnern. Die Temperatur war im Minusbereich und es lag Schnee. In diesen Gegenden kommen zum Heizen primär Kohleöfen zum Einsatz. Eine Filterung der Abgase findet nicht statt. Es herrschte Smog, es stank auch intensiv nach Rauch und es lag jede Menge Feinstaub in der Luft. Ich wage zu behaupten, dass bei uns Autofahren und Heizen verboten würde, wenn die Luftverschmutzung nur 10 Prozent der Werte von Posen erreichen würde. Dieses Erlebnis zeigt mir exemplarisch auf, wie weltfremd unsere Diskussionen bei Umweltthemen im Grossen Gemeinderat der Stadt Winterthur und in der Schweiz generell sind. Am liebsten hätte ich alle meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat zu einer Studienreise nach Posen eingeladen. Emissionen und Schadstoffe machen an den Landesgrenzen nicht halt. Durch den fortwährenden Einsatz der Erkenntnisse aus Wissenschaft und Technik gelang es uns, die belastete Luft wieder sauber zu machen. Trotz massiver Bevölkerungszunahme von mehr als 1,4 Mio. Personen und 34 Prozent mehr Fahrzeugen seit 1990, mehr Wirtschaftsleistung und Wohlstand konnte die Schweiz nicht nur ihre internationalen Verpflichtungen im Umweltbereich einhalten, sie ist auch trotz schlechter geografischer und klimatischer Voraussetzungen eines der Industrieländer mit dem geringsten Schadstoffausstoss pro Kopf. Diese Entwicklung verdanken wir insbesondere dem wissenschaftlichen Fortschritt und den freiwilligen Massnahmen der Industrie. Weder in der Schweiz noch bei uns in Winterthur benötigen wir aus Gründen des Umweltschutzes zusätzliche Vorschriften und schärfere Grenzwerte. Umweltschutz ist kein lokales Problem: Hier haben wir es mit Fragen zu tun, welche grenzüberschreitend zu lösen sind. Es bringt der Umwelt nichts, wenn wir in der Schweiz die Standards verschärfen und neue Vorschriften erlassen. Dies gibt lediglich höhere Kosten für Hauseigentümer und Wettbewerbsnachteile für unsere Wirtschaft. Ja zu Innovation und technischem Fortschritt – Nein zur Regulierungsflut!

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Stadtrat Wolff soll als Sicherheitsvorsteher zurücktreten!

An der Gemeinderatssitzung vom 01. März 2017 ist das Thema «Koch-Areal» und die Hausbesetzerszene im Mittelpunkt der Ratsdebatte gestanden. Zur Diskussion kam es, weil zwei Postulate der FDP zur Überweisung an den Stadtrat eingereicht worden sind, die im Zusammenhang mit dem laschen Umgang der Stadt Zürich mit illegalen Hausbesetzungen stehen.



Roberto Bertozzi  
Gemeinderat SVP  
Zürich 11

Das erste Postulat möchte, dass der Stadtrat prüft, wie illegal besetzte Liegenschaften schneller geräumt werden können, wenn sich beispielsweise die Besetzer aktiv den polizeilichen Kontrollen widersetzen. Das zweite Postulat hat eine effizientere Aufnahme der Personalien der Besetzer durch die Polizei zum Ziel.

So können die Eigentümer ihre Schadenersatzansprüche direkt an die Verursacher stellen, da diese bekannt sind, und die Besetzer können bei kriminellen Handlungen gezielt der Strafverfolgungsbehörden zugeführt werden, was heute leider oft nicht der Fall ist.

Derek Richer, SVP, hat während der Ratsdebatte im Zusammenhang mit den vorgenannten Postulaten, die von

der SVP-Fraktion unterstützt worden sind, auch auf die mangelnde Kompetenz von Stadtrat Richard Wolff als Polizeivorsteher hingewiesen. Nicht anders zu erwarten war, dass die linksgrüne Mehrheit im Stadtparlament mithilfe der CVP das erste Postulat ablehnt.

Hingegen hat der Gemeinderat das zweite Postulat mit knapper Mehrheit dem Stadtrat überwiesen.

### Ein Systemfehler

Im Zusammenhang mit der Hausbesetzerszene in der Stadt Zürich kann man nicht vermeiden, die Rolle des Polizeivorstehers Richard Wolff zu thematisieren. Fairerweise muss man aber auch erwähnen, dass nach der Stadtratssatzwahl 2013 und nach den ordentlichen Stadtratswahlen 2014 die Departementsverteilung nicht optimal verlaufen ist.

Die neun städtischen Departemente in der Stadt Zürich sind nicht nach den persönlichen Stärken bzw. der Persönlichkeit der Kandidaten verteilt worden, sondern nach parteipoliti-

schen Überlegungen, was einem Systemfehler gleichkommt! Dies führt regelmässig dazu, dass Kandidaten, die in den Stadtrat gewählt werden, ein Departement übernehmen müssen, für das sie nicht geeignet sind, wie bei Stadtrat Richard Wolff geschehen.

### Vorurteile gegenüber Polizei

Als Psychopsychiolog mit Spezialisierung in der Personalpsychologie hätte ich Stadtrat Wolff die Übernahme des Schul-, Sozial- oder Gesundheitsdepartement empfohlen, da er in diesen Bereichen seine soziale Persönlichkeit sowie seine Talente und Begabungen gut hätte einbringen können. Als Stadtwentwickler wäre Richard Wolff auch für die Führung des Hochbaudepartements infrage gekommen.

Ganz verkehrt eingesetzt ist aber Stadtrat Wolff mit Sicherheit als Vorsteher des Sicherheitsdepartements, wo die Stadtpolizei Zürich angegliedert ist! Schon zu Beginn seiner Amtszeit ist Wolff für seine voreilige und einseitige Parteinahme zugunsten angeblicher Opfer von Polizeigewalt und zuungunsten der Polizisten aufgefallen.

Im Nachhinein musste er immer wieder wegen seiner Vorurteile der Polizei gegenüber und seiner mangelnden Menschenkenntnis zurückkreben, weil die Fakten anders waren als von ihm jeweils angenommen.

Es wäre deshalb sowohl für Richard Wolff als auch für die Stadtpolizei sowie für die Stadt Zürich insgesamt gut, wenn der Gesamtstadtrat von Zürich ein anderes Departement für Wolff suchen und finden würde. Dies würde etwas Ruhe in die Thematik um die Hausbesetzerszene bringen und die Glaubwürdigkeit des Sicherheitsdepartements wieder steigern!

### ANKÜNDIGUNG ZUR PROGRAMMTAGUNG DER SVP STADT ZÜRICH

## SVP-Parteiprogramm wird an Tagung aktualisiert

Am 8. April findet die Arbeitstagung statt, an der die Basis der SVP Stadt Zürich unser Parteiprogramm aktualisiert. Alle Mitglieder der SVP sind herzlich eingeladen.



Mauro Tuena  
Nationalrat  
Präsident SVP  
Stadt Zürich

Das SVP-Parteiprogramm mit dem Titel «Bürgerliche Politik» informiert die Wählerschaft über die Ziele und Absichten der SVP. Zudem bildet es die Basis für die Arbeit im Gemeinderat und in den verschiedenen Gremien. Im Wahlkampf wird das Programm eingesetzt, um die Positionen der SVP und ihre Lösungsvorschläge zu präsentieren. Die SVP will als stärkste bürgerliche Partei mit klaren Positionen und stichfesten Argumenten in den Wahlkampf steigen.

Die Tagung findet am Samstag, den 8. April, im Restaurant «Landhus» in Seebach statt. Als Volkspartei wollen wir die Erfahrung der Basis aufnehmen und

in die Politik tragen. Die Veranstaltung dauert von 8 Uhr bis etwa 12 Uhr. Dabei wird das Parteiprogramm inhaltlich aktualisiert und thematisch erweitert. Es stehen in der Legislatur grosse Entscheide an, man denke etwa an die Energiefragen, die mögliche Ausgliederung der Stadtspitäler, Verkehrsthemen, fragwürdige Subventionierung von Wohnraum und die sinkende Attraktivität von Zürich als Wirtschaftsstandort.

Eine Arbeitsgruppe sammelt Vorschläge zur Erweiterung und die Mitglieder der SVP können ihre Ideen einbringen. Die Geschäftsleitung und die Fraktion des Gemeinderats diskutieren seit einiger Zeit intensiv die strategischen Fragen, die uns beschäftigen werden. Es würde mich sehr freuen, wenn Sie an der Tagung teilnehmen und an unserem neuen Parteiprogramm aktiv mitarbeiten.

Die Ankündigung erfolgt rechtzeitig im «Zürcher Bote».

### POLIT-APÉRO SVP ZÜRICH 11

## Zweifel an der neuen Chefunterhändlerin



Am Polit-Apéro der SVP Zürich 11 vom letzten Freitag sprach SVP-Kantons- und Gemeinderat Roger Liebi über das Thema Masseneinwanderungsinitiative (MEI). Liebi betonte, dass die Einwanderungspolitik Sache der Schweiz sei. Als souveränes Land müsse sie diese Frage unabhängig von der EU lösen können und auch wollen. «Dass die Classe Politique die vom Volk beschlossene MEI nicht umsetzt, ist ein Skandal», gab der Kantonsrat zu verstehen. Kritik äusserte er auch an der kürzlich zur neuen Chefunterhändlerin ernannten Pascale Baeriswyl (SP), die ab April die Verhandlungen mit der EU koordinieren wird. Liebi bezweifelt, dass die Schweiz mit der Wahl Baeriswyls auf Augenhöhe mit der EU verhandeln kann. Nach dem Referat folgte eine offene Diskussionsrunde, in der sich die Anwesenden vor allem in einem Punkt einig waren: Ob die Classe Politique bereit ist, künftige Volksentscheide – auch unangenehme – umzusetzen, ist zu bezweifeln.

Matthias Meier, SVP Zürich 11

### INSERAT

2. Wahlgang am 2. April

3. März 2017 – ab 19 Uhr  
Junge SVP und Jungfreisinnige laden auf ein Bier mit Daniel Oswald ein

Cotton Corner Bar  
Merkurstrasse 23  
Winterthur

jungfreisinnige kanton zürich

SVP

### KOCH-AREAL: DER RECHTMÄSSIGE ZUSTAND IST WIEDERHERZUSTELLEN!

## Die Laissez-faire-Politik des Stadtrats hat ausgedient

Statthalter Mathis Kläntchi ist diese Woche mit seinem Bericht zur aufsichtsrechtlichen Untersuchung zum Koch-Areal vor die Medien getreten. Und der Statthalter spricht eine deutliche Sprache: «Der Stadtrat wird angewiesen, auf dem besetzten Koch-Areal in Belangen der Orts- und Feuerpolizei den rechtmässigen Zustand wiederherzustellen.»

SVP. Damit wird amtlich bekräftigt, was die SVP im Zusammenhang mit Hausbesetzungen immer und immer wieder fordert: In der Stadt Zürich dürfen keine rechtsfreien Räume geduldet werden!

Der Fall zeigt deutlich auf, dass der rotgrün dominierte Stadtrat das Augenmass über den Rechtsstaat verloren hat. Er ist weder fähig noch willens, bei Verstössen im Umfeld seiner eigenen Klientel einzugreifen.

Sollten die Verantwortlichen jetzt nicht handeln, so stellt sich die Frage, ob die richtigen Personen in den verantwortungsvollen Positionen sind.

Aus dem Bericht wird klar, dass Sicherheitsvorsteher Richard Wolff mit seinem Bekenntnis zur radikal toleranten Hausbesetzerpolitik generelle Zurückhaltung impliziert hat, auch dort, wo Handeln angesagt gewesen wäre.

Weiter heisst es, dass der Stadtrat verpasst hat, zu einem Zeitpunkt zu reagieren, als die Lage noch überschaubar und kontrollierbar war. Der Bericht zeigt, dass der Stadtrat keine Befugnis hat, gegenüber der Polizei Weisungen bezüglich Eingreifen zu erteilen.

Gewerbetreibende und Bevölkerung haben die Nase gestrichen voll von durch Hausbesetzer verursachten Auswüchsen, wie sie in der Binz oder im Labitzke- und Koch-Areal Realität waren und noch sind.

Die SVP der Stadt Zürich erwartet vom Stadtrat, dass er per sofort seine Laissez-faire-Politik aufgibt und die Verfügung des Statthalters ohne Wenn und Aber akzeptiert. Die Konsequenzen des lockeren Umgangs mit Hausbesetzern zeigen sich deutlich am aktuellen Beispiel der gewalttätigen Eskalationen in der Stadt Bern.